

Was ist gute Kommunalpolitik?


SÄCHSISCHER FÖRDERPREIS
FÜR DEMOKRATIE  2015



Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Freudenberg Stiftung,
Sebastian Cobler Stiftung, Stiftung Elemente der Begeisterung

Redaktion: Britta Kollberg

Fotos: Simone Rafael

Gestaltung:  Design

Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen und den Fotograf*innen

© Amadeu Antonio Stiftung, Berlin im Herbst 2015



Festschrift

zur Verleihung des Sächsischen Förderpreises 2015

Die Amadeu Antonio Stiftung, die Freudenberg Stiftung,
die Sebastian Cobler Stiftung
und die Stiftung Elemente der Begeisterung verleihen

Jürgen Opitz,
Bürgermeister der Stadt Heidenau
den Sächsischen Förderpreis
für Demokratie 2015

für das außerordentliche Engagement
zur Stärkung einer demokratischen Alltagskultur,
für den Schutz von Minderheiten und der Menschenrechte
sowie gegen Ursachen und Folgen von
Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Dresden, 9. November 2015



FREUDENBERG
STIFTUNG



SEBASTIAN
COBLER
STIFTUNG für Bürgerrechte



Elemente der Begeisterung
Wir schaffen Begegnungen.

Was ist gute Kommunalpolitik?

Als wir uns im Kreis der Jury und der den Preis auslobenden Stiftungen fragten, woran man eine gute Kommune erkennt, wurden wir uns schnell einig, dass es auf die Verwaltungsspitze ankommt. Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin müssen starke und überzeugende Demokraten sein, sonst kommen die Menschen, um die es uns bei unserer Arbeit besonders geht, in ihren Kommunen nicht zu ihrem Recht. »Der Fisch stinkt vom Kopf«, das gilt besonders für Verwaltungsapparate und Verantwortungsträger in den Gemeinden.

Woran man eine gute Kommunalpolitik konkret erkennt, ist allerdings nicht so leicht zu beschreiben. Den meisten Menschen fallen zuerst ihre negativen Erfahrungen ein, und sie sind über das verärgert, was nicht funktioniert, versäumt oder unterlassen wird. Eine gute Kommune ist demnach eine, die sich dieser Probleme annimmt und sich den täglichen praktischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger tatkräftig widmet.

Zuallererst ist dafür sicher wichtig, dass sich die Mitarbeiter in Politik und Verwaltung im klaren darüber sind, dass sie für die Bürger da sind, nicht umgekehrt. Gute Kommunalpolitik geht jedoch darüber hinaus, sie sieht die Bürgerinnen und Bürger als Partner. Und zwar alle, die im Ort leben, inklusive Einwanderer und Flüchtlinge. Es reicht nicht, dass Bürger sich nicht als Bittsteller fühlen müssen. Sie sollten aktiv einbezogen sein. Für alle – Kinder, Jugendliche, Alte, Berufstätige, Arbeitslose und Flüchtlinge – lassen sich Formen finden und kreieren, sich am Gemeinwesen zu beteiligen. Anstatt zu bevormunden, selbst wenn es »gut gemeint« ist, unterstützen gute Kommunen die Eigeninitiative der Bürger. Auch das gilt ebenso für Flüchtlinge, und selbstverständlich schützen gute Kommunen ihre Bürger, ganz gleich ob sie dem Mainstream angehören oder einer Minderheit.

Dort, wo es in der Gesellschaft auch solche gibt, die die Gleichwertigkeit aller Menschen bestreiten, ist dieser Schutz oft nicht selbstverständlich. Eine gute Kommunalpolitik lässt sich davon aber nicht irritieren, sondern stellt sich vor die Bedrohten und fordert die Bürger auf, es ihr gleichzutun. Denn in einer guten Kommune gibt es Konflikte, nur eine ganz schlechte verleugnet Widersprüche. Und politisches Vorgehen, Verantwortungsübernahme be-

deutet, die Schwierigkeiten auf den Tisch zu bringen, große Herausforderungen breit zu diskutieren und möglichst viele Partner für ihre gemeinsame Bewältigung zu gewinnen.

Gute Kommunalpolitik zeigt sich also vor allem auch im Umgang mit den Schwächsten in der Gemeinde und daran, dass sie jeden einbezieht, jeden ernst nimmt und für alle die bestmögliche Problemlösung anstrebt. Eine gute Kommune ist ein Ort, an den wir gern gehen, weil sich jeder des Respekts und des Schutzes der demokratischen Institutionen sicher sein kann.

Das ist selbstverständlich, meinen Sie? Wir meinen, dass es sich lohnt, genauer nachzuschauen und gute Beispiele besonders herauszustellen. Dazu zählt ganz sicherlich das Engagement des Heidenauer Bürgermeisters Jürgen Opitz. Ein Grund für uns, ihn 2015 mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie auszuzeichnen.



»Ich bin Ansprechpartner, nicht nur für Gutwillige«

Bürgermeister von Heidenau zu sein, einer 16.000-Einwohner-Stadt im Speckgürtel von Dresden, war nie ganz einfach. Hier gibt es – neben vielen vernünftigen, demokratischen Menschen – auch rechtsextrem orientierte Einwohner und Einwohnerinnen, die Rico Rentzsch im Mai 2015 für die NPD in den Stadtrat wählten. Mit mehr Stimmen, als sie die Kandidaten von SPD und Grünen bekamen. Rentzsch wiederum machte mit einer Facebook-Gruppe Stimmung gegen Flüchtlinge, schlug dabei auch konkrete Aktionen vor und traf den Nerv erschreckend vieler Menschen vor Ort und in der Umgebung. Im August 2015 wurde der Name Heidenau zu einem Synonym für gewalttätige Flüchtlingsfeindlichkeit in Zeiten von Pegida und Rechtspopulismus: durch dreitägige Ausschreitungen vor der neu geschaffenen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Und Heidenaus Bürgermeister? Er reagierte darauf anders als etliche seiner Amtskollegen in Sachsen.

Von Simone Rafael

»Ich wusste sofort: Jetzt kann ich entweder meinen Kopf einziehen, um zu hoffen, dass es vorübergeht, oder um zu bestätigen, ja, wir sind schlimm hier. Oder ich muss schnell ganz klar sein und zeigen: Heidenau ist nicht so! Und wir bearbeiten unsere Probleme!« sagt Jürgen Opitz in seinem Büro im Rathaus rund drei Monate nach den Ereignissen, die ihm und seiner Kommune schlagartig bundesweite Aufmerksamkeit bescherten. Offen vor die Kameras treten, die rassistische Gewalt verurteilen, doch sich zugleich schützend vor die eigenen Engagierten stellen: Das ist keine leichte Aufgabe, erst recht, wenn der Tenor in den Medien ist: das braune Nest in Sachsen. Gut also, dass Heidenau einen Bürgermeister hat, der das Vermitteln in schwierigen Situationen als einen Hauptaspekt seiner Aufgabe betrachtet: Während andere Bürgermeister – oder auch Landespolitiker – sich in ähnlichen Konfliktsituationen tagelang zurückzogen, um auch danach nicht mit klarer Analyse an die Öffentlichkeit zu gehen, stellte er sich den Medien, verurteilte die Ausschreitungen und betonte das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger für Flüchtlinge. Er gab seine Erfahrungen klar und direkt auch an die Bundeskanzlerin Angela Merkel, SPD-Chef Sigmar Gabriel oder Sachsens Ministerpräsidenten

Stanislaw Tillich weiter, die Heidenau, den Symbolort, nach den schweren Ausschreitungen besuchten, um Solidarität zu zeigen. Solidarität mit Helfern und Geflüchteten, das schien notwendig in einem Ort, in dem ein Mob aus Rechtsextremen und rassistischen Bürgern und Bürgerinnen drei Tage lang versuchte, die Zufahrt zur neuen Flüchtlingsunterkunft zu blockieren, dabei 31 Polizisten verletzte und Gegendemonstranten und Helfer attackierte. Danach wurde eine Skulptur, die symbolisch am Bahnhof das »Miteinander« beschwört, mehrfach beschmiert. Gegen ein Willkommensfest wurde demonstriert, im September gab es eine Attacke auf vier Flüchtlinge aus Pakistan. Auch die hassende Gerüchteküche auf Facebook und auf der Straße gibt keine Ruhe.

Bürgermeister Jürgen Opitz sitzt in seinem Büro im Rathaus, und während die Polit-Prominenz und die Medien weiterzogen, bleibt dem CDU-Politiker und seinem Mitarbeiter-Stab das Alltagsgeschäft – und das ist hier vielfältig anspruchsvoll. »Meine Aufgabe ist es, für alle da zu sein – auch für alle, die es schwer haben. Auch für die, die es schwer haben, sich einen Standpunkt zu erarbeiten«, sagt er und meint das genau so: Er macht sich nicht nur Sorgen um die Menschen, die sich durch Pegida & Co. beeinflussen lassen, rassistischer Hetze zu glauben. Er ist nicht nur wütend über die, die anrufen und ihn fragen, ob denn die Flüchtlinge jetzt im Supermarkt klauen dürfen. Er will sie zurück. Jedenfalls so viele wie möglich. »Ich appelliere an ihre menschliche Einstellung, ich gebe ihnen Zuspruch, und ich versuche ihnen klar zu machen: Du kannst eine kritische Haltung zur Asylpolitik haben. Aber doch keine feindselige gegenüber den Menschen, die hierher geflüchtet sind!«

Andernorts passiert das über Interviews in Medien. In Heidenau macht Opitz, der sich als »Ansprechpartner nicht nur für Gutwillige« beschreibt, das ganz konkret im persönlichen Gespräch. »Ich habe keine Bürgerversammlung gemacht: Da reichen ein, zwei Menschen, die rassistisch hetzen – und die haben wir hier – und die ganze Stimmung kippt. Statt dessen habe ich alle im Landkreis, die Gesprächsbedarf haben, ins Rathaus eingeladen, um mit mir zu sprechen. Ich hab gesagt: Kommt mit dem Kegelclub, kommt mit der Strickgruppe, wenn ihr wollt. Ich bin in Gruppen gegangen, die bereits in der Region aktiv sind, und habe sie um Meinungen und Hilfe gebeten.« Auf seinen Aufruf kam etwa eine Gruppe von 20 lokalen Handwerkern zu ihm, um über Fragen und Befürchtungen zu reden. Opitz lud zum Gespräch Verantwortliche der Erstaufnahmeeinrichtung und die Polizei dazu. »Hinterher sind

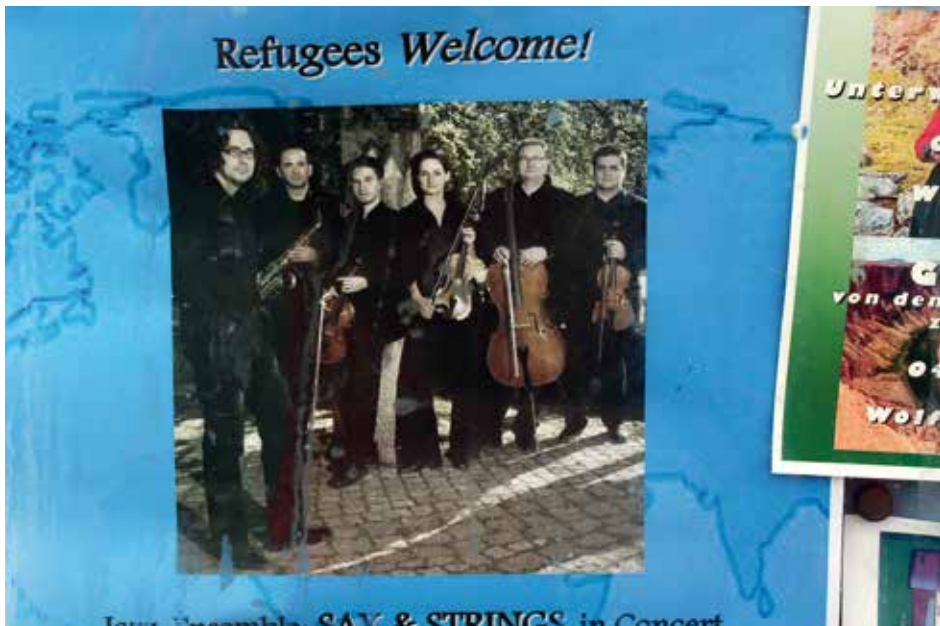


nicht alle singend aus dem Ratssaal getanz und haben gesagt, jetzt wird alles gut – aber wir konnten vieles klären«, sagt Opitz. Ungleich unangenehmer: Jeden Mittwoch zieht eine AfD-nahe »asylkritische« Demo durch Heidenau, wobei sie regelmäßig vor dem Rathaus halt macht – »Volksverräter«-Rufe inklusive. Die Organisatoren luden Opitz ein, doch mal zu den Demonstrierenden zu sprechen. »Da hab ich gesagt: Das könnt ihr vergessen. Da werde ich doch nur ausgebuht, und keiner hört mir zu!« Statt dessen lud er zehn Vertreter der Demonstration zum Gespräch ins Rathaus ein. »Da habe ich ihnen mal auseinandergesetzt: ›Volksverräter, das rufen Sie immer. Wissen Sie, wo das herkommt? Aus dem Nationalsozialismus, von Josef Goebbels. So nannten die SA-Leute Hochverräter, die dann zum Abschuss freigegeben waren. Ist Ihnen klar, dass ich dieses Bild vor Augen habe, wenn Sie ›Volksverräter‹ vor meinem Haus brüllen? Dass Sie meinen Tod durch Erschießen fordern?« Wenige Tage später kam eine E-Mail: Zukünftig seien ›Volksverräter‹-Rufe bei diesen Demonstrationen verboten. Immerhin.« Hat Pegida etwas mit dieser Entwicklung zu tun, dass Bürgermeister, aber auch Helferinnen und Helfer direkt angegangen werden? »Sicher. Wir haben keinen Amtsbonus mehr. Wir sind genauso angreifbar wie andere. Wenn ich bei Pegida auf dem Theaterplatz in Dresden mit Tausenden ›Volksverräter‹ und ›Lügenpresse‹ brülle, nehme ich diese Einstellung auch hinterher mit nach Hause.«



Opitz hat ein Viertel im Ort, in dem die NPD-Wähler und -Wählerinnen wohnen, »da haben wir in meiner Amtszeit so viele Gelder für Investitionen, Bildung und soziale Programme reingegeben, die die Menschen vorwärts bringen sollen, doch es ändert sich nichts und die Einstellungen auch nicht. Wir können ja nur Angebote machen. Ansonsten müssen wir mit ihnen leben«, sagt er. Aber er versucht mit Engagement, so viele Menschen wie möglich auf der demokratischen, rational denkenden, mit Nächstenliebe agierenden Seite zu halten. Wenn ihn jetzt ein Bürgermeister-Kollege anruft, dessen Ort eine Flüchtlingsunterkunft oder -einrichtung bekommt, ist Opitz' grundlegender Tipp: »Von Anfang an offen und ehrlich sein. Immer die Wahrheit sagen und sie nicht in Scheiben herausgeben. Keine Salami-Taktik. Man muss ehrlich sein und auch Unbequemes mit breiter Brust vertreten. Nicht die Schuld auf »die Landespolitik« oder anderes schieben – lieber vermitteln: Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir das schaffen. Nichts ist schlimmer, als wenn die gutwilligen Leute denken: Der ist ein feiger Hund. Denn diese Menschen braucht die Kommune doch, um es wirklich zu schaffen!«

Denn in Heidenau gibt es neben den »besorgten Bürgern« ja auch noch die Flüchtlinge, um die sich die Kommune und Bürgermeister Opitz kümmern: »Wobei – ich mache da gar nicht so viel, darum kümmern sich zum Glück viele Heidenauer und Heidenauerinnen, ohne dass ich etwas machen muss. Die Hilfsbereitschaft der Menschen hier ist riesengroß. Das Deutsche Rote



Kreuz organisiert die Unterbringung der Flüchtlinge, die Aktion Zivilcourage Pirna koordiniert das ehrenamtliche Hilfsangebot. Immer wieder höre ich, wie Menschen privat dort vorbeifahren. Eine Frau erzählte mir letzstens, sie wollte eigentlich Spielzeug spenden und traf dann auf dem Gelände ein Kind, dem furchtbar kalt war. Da ging sie zurück zum Auto und holte eine Decke und schenkte sie ihm. Da kam ein zweites Kind, dem auch ganz kalt war. Da fuhr sie wieder nach Hause und brachte alle Decken mit, die sie und ihre Nachbarn entbehren konnten.«

In dieses Bild passt, dass die Kommune Heidenau tatsächlich geradezu vorbildlich auf die ersten Flüchtlinge im Ort reagierte, die weit vor der Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung im August kamen. Hier tat die Kommunalverwaltung, was sie tun kann: Sie holte sich von außen Beratung und Hilfe für die neue Situation, etwa vom Kulturbüro Sachsen. Bürgermeister Opitz lädt seitdem zu regelmäßigen Treffen eines Integrationsbeirats, einer Plattform für das Organisieren von Hilfe, in dem alle Vereine, Einrichtungen der Jugendarbeit, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteure der Kommune vertreten sind, um Aktivitäten zu koordinieren und offene Fragen zu besprechen. Die Beteiligten loben die positive und aufgeschlossene Atmosphäre dieser Treffen. So entstehen Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Patenschaften, die Sportvereine haben sich für Flüchtlinge geöffnet – inzwischen gibt es dort sogar Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Auch Kulturveranstaltungen und Spen-



denaktionen gehören dazu. Wenn Opitz davon erzählt, scheint seine Rolle gering, das Engagement der engagierten Zivilgesellschaft entfalte sich von allein. Doch – wie eine Mitarbeiterin des Kulturbüro Sachsen e.V. in einem Interview auf mdr Figaro beschrieb – »es ist für die lokale Entwicklung äußerst wichtig, dass die Stadt sagt: Das friedliche Zusammenleben ist uns wichtig. Das hat Herr Opitz von Anfang an deutlich gemacht. Und wenn der Bürgermeister an dieser Stelle klar ist und das Grundrecht auf Asyl verteidigt, dann fällt es auch den anderen Menschen leichter sich zu engagieren.«

Jürgen Opitz ist dankbar für seine engagierten Heidenauer. Sie geben ihm das Gefühl, dass seine Entscheidungen nicht nur vom Stadtrat (»außer dem NPD-Mann natürlich«) getragen werden, sondern von der Mehrheit der Menschen im Ort: »So viele engagieren sich positiv, sagen: Wir stehen zu Euch. Das ist wichtig, denn im Alltag höre ich vor allem die, die meckern und sich beschweren – da braucht man eine eigene Hygiene im Kopf und ein gesundes Selbstbewusstsein, um klar zu kommen und weiter zu machen.« Er lobt seine Kirchen, die Kollekten gespendet haben, den Singekreis, der für die Flüchtlinge auftritt, die Kindereinrichtungen, die Schulen, die Sportvereine, die engagierten einzelnen Bürgerinnen und Bürger – und ist nur traurig, dass ihr Engagement überregional nicht so gesehen wird, wie es das verdiente: »Wer will zählen, wie viel Engagement es geben muss, bis eine Gemeinde nicht mehr als fremdenfeindlich gilt?«



Opitz sieht auch in Bezug auf die Flüchtlinge die Aufgabe seiner Kommune in der Vermittlung: »Wie kann die ›große Politik‹ in ein leistbares Maß übersetzt werden? Wie können wir die Belastungen schultern, wie können wir sie so regeln, dass sie für alle möglich und umsetzbar sind?« Sicherheit, geregelte Zustände und klare Zuständigkeiten möchte er gewährleisten, auch wenn ihm zugleich klar ist, dass die aktuelle Situation dies immer schwieriger macht: »Für die deutschen Verwaltungen sind die vielen Flüchtlinge eine Herausforderung – und für die Menschen, die die Prozesse durchlaufen oder auch erleiden, eine Zumutung. Ich stehe dazwischen: ich muss Zumutbares organisieren und kommunizieren.« Er wird nicht müde, sich immer wieder den Menschen zu widmen, die sich »überannt« fühlen, und ihnen zu erklären: »Das sind Opfer, die hierher kommen. Im Umgang mit ihnen geht es um Nächstenliebe, um Achtung, um genau die abendländische Kultur, die hier alle immer zu verteidigen vorgeben. Und wenn unter den Flüchtlingen welche sind, die Schweinehunde sind oder straffällig werden, werden sie für ihre Taten bestraft werden – aber das ändert nichts an der grundlegenden Verpflichtung, den Flüchtlingen erst einmal zu helfen.«

In der Erstaufnahmeeinrichtung, die im August in Heidenau geschaffen wurde, leben aktuell zwischen 600 und 650 Menschen. Sie werden nach der Registrierung über die sächsischen Landkreise verteilt, doch die Verfahren



laufen schleppend, die Verweildauer in Heidenau ist oft länger als geplant, die Stimmung unter den Flüchtlingen entsprechend schwierig. Von der Landespolitik wünscht Opitz sich deshalb zwar auch deutlicher Stellungnahmen für die Flüchtlinge und gegen die rassistischen Bürger, aber mehr noch Lösungen für konkrete Probleme: »Könnten nicht die Bundeswehr-Mitarbeiter bei der Registrierung der Flüchtlinge helfen? Die sind doch schon auf den Staat vereidigt.« Gleichzeitig sieht er besorgt auf die Hetze in sozialen Netzwerken wie Facebook, die zu entkräften ihn viel Energie kostet: »Ständig steht die Stimmung auf Messers Schneide in den sozialen Netzwerken. Da erzählt jemand etwas aus Duisburg über eine Flasche, die einem Flüchtling aus der Hand fiel, beim nächsten fällt die Flasche auf den Kopf eines Deutschen, beim nächsten steht, das könnte auch in Heidenau passieren, und beim nächsten steht, das wäre schon in Heidenau passiert.« Wenn Menschen ihn anrufen und nach dem Wahrheitsgehalt von Meldungen über Vergewaltigungen oder Freifahrtsscheine für Diebstahl in Supermärkten fragen, klärt er das auf; im Internet machen das seine Mitarbeiter. Immerhin können sie damit argumentieren, dass bisher nichts passiert ist: »Wir haben die Unterbringung der Flüchtlinge geschafft, ohne dass es das Leben der Menschen hier negativ beeinflusst hat. So kann ich bisher immer sagen: »Dir geht es doch nicht anders und vor allem nicht schlechter als vorher. Dass an der Kasse im Supermarkt jemand vor dir

steht, der vielleicht anders aussieht als du, das hast du im Urlaub auch, und das musst du aushalten können.« Aber wenn ich hier Turnhallen belegen und den Eltern sagen muss, jetzt fällt für ein halbes Jahr der Sportunterricht aus, dann kippt die Stimmung.« Schon frühzeitig haben deshalb zehn CDU-Landräte der Landesregierung zurückgemeldet: »Wir sehen Probleme, das Flüchtlingsaufkommen allein zu bewältigen, und viele Bürger sind wütend, das ist gefährlich.« Doch die Landespolitik versuche, das Thema auszusitzen. Jetzt hat er einen Brandbrief von 215 Bürgermeistern an Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnet. Vielleicht wird sie den Sorgen zuhören, wie sie es gegenüber den Engagierten in Heidenau beim Besuch im August machte?

Es sind schwierige Zeiten. Was enthalten sie für positive Momente? Opitz schweigt. Dann sagt er: »Was mich berührt, ist die Dankbarkeit der Flüchtlinge. Die Kinder bedanken sich, die Erwachsenen loben Deutschland, obwohl es so schwierig ist. Ich wünsche mir, dass noch viel mehr Menschen das erleben könnten, denn das prägt für den Umgang mit Flüchtlingen mehr als Worte. Ich besuche gern die Kinderfeste, da herrscht eine unbeschwerte Stimmung, und es ist toll zu sehen, wie schnell gerade die Kleinen Deutsch lernen. Die positiven Potenziale dieser Kinder sind es wert, alles zu geben, damit sie hier in Frieden und Freiheit aufwachsen können.«

Dieses Engagement ist ein Beispiel für mutige, empathische und anpackende Kommunalpolitik. Die Jury würdigt es mit der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2015 an Jürgen Opitz.



SÄCHSISCHER FÖRDERPREIS FÜR DEMOKRATIE 2015

Seit 2007 zeichnet der Sächsische Förderpreis für Demokratie herausragendes Engagement von Initiativen und Kommunen aus, die sich für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus einsetzen und die demokratische Kultur in Sachsen täglich bereichern und fördern.

Eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern der auslobenden Stiftungen sowie weiteren Persönlichkeiten aus Kultur, Medien und Wissenschaft ermittelt aus allen Bewerbungen die Preistragenden. Bisher wurden 73 gute Praxisbeispiele von Projekten aus der Zivilgesellschaft nominiert und 19 innovative Ansätze mit dem Hauptpreis ausgezeichnet. 2015 ehrt der Preis zum zweiten Mal ermutigendes Engagement von kommunaler Politik und Verwaltungen.

Namhafte Laudatorinnen und Laudatoren würdigen das Engagement der Initiativen und Kommunen im Rahmen der Preisverleihung. Dazu zählten neben Anja Reschke auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Gesine Schwan, Heribert Prantl, Wolfgang Thierse, Stephan-Andreas Casdorff, Sonia Mickich und Petra Lidschreiber.

Ausgelobt wird der Preis von der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung.

www.demokratiepreis-sachsen.de



